



Adivasi-Rundbrief 36

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -

Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.

Jugendheimstr.10, 34132 Kassel

Dezember 2009

Ringen um Gerechtigkeit

Die Zwangsumgesiedelten des bundesdeutschen Vorzeigeprojektes "Stahlwerk Rourkela" kommen zu Wort

Seit mehreren Jahren beschäftigt sich die Adivasi-Koordination in Deutschland (AKD) mit den sozialen Folgen des Stahlwerkes Rourkela und des damit einhergehenden Mandira-Damms. Deren Errichtung war in den 1950er Jahren mit technischer und finanzieller Hilfe der damaligen Bundesregierung und westdeutscher Unternehmen im indischen Bundesstaat Orissa umgesetzt worden. So wies die AKD bereits in verschiedenen Rundbriefen sowie auf der Fachtagung von Königswinter im Jahr 2006 (siehe Adivasi-Rundbrief 28) auf die Notwendigkeit einer kritischen Betrachtung des Projektes hin - und damit auch des Schicksals der schätzungsweise 22.000 zwangsumgesiedelten Ureinwohner.

Um die langjährige Auseinandersetzung mit diesem Thema durch eine empirische Forschung zu vertiefen, führten die Autoren im Auftrag der AKD von Januar bis März 2009 eine Feldstudie durch. Ziel dieser Untersuchung war es vor allem, die Erfahrungen und Einschätzungen der Betroffenen - beziehungsweise von deren Nachfahren - hinsichtlich der Vertreibung und ihren heutigen Lebensbedingungen aufzuzeigen. Desweiteren sollten ihre Erwartungen und Forderungen an die Verantwortlichen aufgezeigt werden. Zu diesem Zweck besuchten die Autoren insgesamt zehn Umsiedlungskolonien ("resettlement colonies"). Dort konnten sie die heutige Lebenssituation der Bewohner analysieren sowie Interviews nach sozialwissenschaftlichen Forschungsstandards erheben.

Um die Ergebnisse der Studie zu präsentieren, veranstaltete die AKD am 30. und 31.

Oktober 2009 ein Seminar in Berlin. Als indische Gäste beteiligten sich der katholische Pfarrer und Menschenrechtsaktivist Celestine Xaxa aus Rourkela sowie Dayamani Barla aus dem Nachbarbundesstaat Jharkhand - beide Adivasi. Xaxa kämpft unter anderem als Rechtsanwalt auf juristischer Ebene für die Zwangsumgesiedelten; Barla nimmt eine führende Rolle in der Widerstandsbewegung gegen ein von ArcelorMittal geplantes Stahlwerk in ihrem Bundesland ein. Vertreter der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; Kreditanstalt für Wiederaufbau) sowie der federführend vor 50 Jahren involvierten Privatindustrie waren der Einladung zu dem Seminar leider nicht gefolgt.

Zwangsumsiedlung erfolgte auf rücksichtslose Weise

Insgesamt werfen die Aussagen der Interviewten ein sehr negatives Licht auf die Politik der damals und heute Verantwortlichen - sowohl was den damaligen Enteignungsprozess als auch was die gegenwärtige wirtschaftliche Situation der zwangsumsiedelten Familien beziehungsweise ihrer Nachfahren anbelangt. So wird deutlich, dass die 1958 begonnene Umsiedlung keineswegs auf freiwilliger Basis erfolgte. Einige der Interviewten berichteten von den Lebensumständen auf ihrem ursprünglichen Land und beschrieben diese als sehr positiv. Ihre Eltern seien nur aufgrund der Versprechungen, man werde sie für den Verlust ihrer Häuser und ihres Landbesitzes in gleicher Form entschädigen, bereit gewesen, ihr angestammtes Land zu verlassen.

Versprochen wurden darüberhinaus auch noch Anstellungen in dem geplanten Stahlwerk sowie Einrichtungen wie Schulen und Gesundheitsstationen in den neuen Siedlungen. Die Tatsache, dass diese Zusagen auch durch prominente Politiker wie Premierminister Nehru erfolgten, ließ viele Ureinwohner sogar auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation hoffen. Der Interviewte Habil Lomga führte dies auf den niedrigen Bildungsstand der Bewohner zurück. *„Die Menschen waren Analphabeten und konnten ihr zukünftiges Leben nicht vorhersehen. Deshalb glaubten sie alles, was man ihnen erzählte.“* Andere Adivasi blieben bei ihrer ablehnenden Haltung, sahen aber keine Möglichkeit, erfolgreich Widerstand zu leisten. Äußerst kritisch ist in diesem Zusammenhang die offizielle Informationspolitik zu beurteilen. Viele der Befragten gaben an, dass es im Vorfeld der Umsiedlung keine beziehungsweise nur sehr geringe Aufklärung gab und vermuteten hinter dieser Verfahrensweise politisches Kalkül. *„Im Februar 1958 wurden die Bewohner des Dorfes Kantabera Mauza ohne jegliche Benachrichtigung gewaltsam ausgewiesen. Erst nach ihrer Vertreibung wurden sie von der Regierung informiert, so dass keinerlei Protest oder Widerstand möglich war“* (Habil Lomga, Lachhada).

Die Räumung ihrer Dörfer muss für viele Betroffene sehr abrupt stattgefunden haben. Dabei erfolgte die Zwangsumsiedlung selbst nach den Schilderungen der Interviewten auf rücksichtslose Weise. Die Bewohner wurden – in einigen Fällen ohne jegliche Ankündigung – gezwungen, ihre Nahrungsmittel und ihr Vieh auf LKWs zu laden, womit sie anschließend in teilweise weit entfernte Dschungelgebiete transportiert und ohne weitere Erklärung abgesetzt wurden. Auch hier liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Wahl weit von Rourkela und weit voneinander entfernter Standorte – was auch die Trennung bestehender Gemeinschaften bedeutete – bewusst getroffen wurde, um so potentiell gemeinschaftlichem Widerstand vorzubeugen. Andere Befragte gaben an, dass man ihnen nicht einmal die Möglichkeit gegeben habe, ihre Habseligkeiten und überlebensnotwendige Vorräte mitzunehmen. Desweiteren beschrieben sie eine als bedrohlich

empfundene Situation bei der Ankunft: *„Auf dem Weg hatten wir großen Hunger, da wir nichts zu essen bei uns hatten. Von den Lastwagen wurden wir nachts im dichten Wald von Lachhada zurückgelassen, wo wir schreckliche Angst bekamen, da der Dschungel voll wilder Tiere wie Tigern und Bären war“* (Raphael Soreng, Lachhada).

Die Art, wie die Umsiedlung durchgeführt wurde, stellte sich für die Betroffenen als äußerst schmerzlich und teilweise lebensbedrohlich dar. Dies resultiert vor allem daraus, dass trotz der Versprechungen anscheinend nichts von den Verantwortlichen vorbereitet worden war. *„Wir wurden von den Regierungsbeamten angewiesen, zunächst den Dschungel zu roden und so fällten wir täglich Bäume und holzten den Wald ab. Wir wurden als Zwangsumgesiedelte an diesen Ort gebracht, aber wir mussten als Sklaven schuften“* (Habil Lomga, Lachhada). Besonders offensichtlich werden die fatalen Folgen dieses Vorgehens anhand der Beschreibungen der Versorgungssituation. Aufgrund des Fehlens von Brunnen und Quellen gab es keinerlei Zugang zu sauberem Trinkwasser, so dass dieses von den Behörden in Fässern angeliefert wurde, sich jedoch als stark verunreinigt herausstellte. So schilderten die Interviewten, dass die Mehrheit der Vertriebenen aufgrund des verschmutzten Wassers verschiedene ernsthafte Krankheiten bekamen, welche oftmals zum Tode führten. *„Uns wurde derart dreckiges Trinkwasser aus dem Teich von Kondeidiha gegeben, dass wir an vielen Krankheiten zu leiden hatten. Als Konsequenz starben viele Menschen kurz nach einander. Es war ein sehr schockierendes Ereignis. Die Farbe des schmutzigen Wassers war schwarz und da wir gezwungen waren, dieses zu trinken, wurde auch unser Urin und unser Stuhlgang schwarz“* (Pankaj Kujur, Lachhada). Als ähnlich prekär wurde auch die medizinische Versorgung beschrieben. Besonders in Lachhada und Kendro gab es trotz heftiger Erkrankungen in der Anfangsphase keinerlei ärztliche Hilfen. Erst nach Beschwerden bei den offiziellen Stellen wurden zwar Medikamente angeliefert, doch wurden diese aufgrund der Ansteckungsängste des zuständigen Personals ohne jegliche Gebrauchsanweisung an die Erkrankten übergeben.

Mangelnde Versorgung in den Umsiedlungsdörfern

Die Interviewten gaben an, dass sich die problematischen Lebensumstände in den folgenden Jahren bis in die heutige Zeit kaum verändert haben. Dies spiegelt sich vor allem in den Beschreibungen des landwirtschaftlichen Anbaus und der daraus resultierenden kritischen Ernährungslage wider. So erläuterten die Befragten, dass ihnen in den Umsiedlungsdörfern zu kleine und auch unfruchtbare Anbauflächen zur Verfügung gestellt wurden. *„Das Land, das an die Vertriebenen vergeben wurde, ist nicht landwirtschaftlich nutzbar. Es ist eine vollständig steinige Region. Trotz alledem versuchen sie es zu bestellen, aber die Ergiebigkeit ist äußerst gering. Daher sind sie oft gezwungen, ihr Land zu verlassen, um ihren Lebensunterhalt an anderen Orten zu sichern“* (Ram Chandra Sahoo, Rourkela). Weitere Mängel beziehen sich auf die Wohnsituation der Adivasi sowie die infrastrukturellen Gegebenheiten wie eine immer noch unzureichende Wasserversorgung, fehlende beziehungsweise schlecht ausgestattete Bildungseinrichtungen, ungenügende medizinische Institutionen, die nicht vorhandene Stromversorgung und eine mangelhafte Straßenanbindung. Ferner werden starke soziokulturelle Auswirkungen auf die verschiedenen Adivasi-Gemeinschaften erkennbar. Diese drücken sich unter anderem in einem Wegfall kollektiver Strukturen (bedingt durch die erwähnte Trennung bestehender Gemeinschaften) aus. Diejenigen Adivasi, welche ihrer traditionellen Religion folgen (Sarna), verloren mit der Wegnahme ihres angestammten Landes auch die Grundlage für ihre Religion.

Versprechungen während der Aufbau-phase wurden nicht eingehalten

Alle Interviewten gaben an, dass keine der während der Aufbauphase gemachten Versprechungen - "Land für Land", "Haus für Haus", Arbeitsplätze im Stahlwerk und eine ausreichende infrastrukturelle Ausstattung der Umsiedlungsdörfer - erfüllt worden seien. So hätten sie etwa in Bezug auf die Zuteilung von Land nur einen Bruchteil der ursprünglichen Landflächen erhalten, welche hinsichtlich der Bodenbeschaffenheit keinesfalls mit dem vorherigen Besitz vergleichbar gewesen seien.

Der versprochene Aufbau von Wohnmöglichkeiten blieb auf die Errichtung von Hütten aus Naturmaterial beschränkt, die den Witterungsbedingungen während der Monsunzeit nicht standhielten. Hinsichtlich der zugesagten Erwerbsmöglichkeiten gab es vorwiegend schlecht bezahlte Tätigkeiten bei der Errichtung des Stahlwerkes. Anstellungen von Adivasi im Werk nach dessen Errichtung hätten nur in sehr beschränktem Umfang stattgefunden. Der Einsatz von Adivasi als Hilfsarbeiter wurde mit ihrer fehlenden Qualifikation begründet. Generell wurden überwiegend Arbeiter aus anderen Teilen Indiens eingestellt. *„Traurig an dieser Sache ist vor allem, dass nicht die Einheimischen, sondern Personen von außerhalb in den Stahlwerken arbeiten. Unseren Kindern wurden hingegen keine Jobs angeboten“* (Joseph Toppo, Jalda A).

Kompensationserwartungen richten sich auch an die deutsche Seite

Die in den Befragungen geäußerten Forderungen der Umgesiedelten sind in erster Linie an die indischen Verantwortlichen adressiert. Sie beziehen sich großteils auf die Erfüllung der erwähnten Versprechungen. Neben der Bereitstellung von Arbeitsplätzen im Stahlwerk für je ein Mitglied jeder vertriebenen Familie werden die noch ausstehenden Entschädigungen für ihr beschlagnahmtes Land (in adäquatem Umfang und Qualität) sowie die offizielle Vermessung und Registrierung des bereits zugeteilten Landbesitzes verlangt. Empört äußern sich die interviewten Adivasi über die aktuellen Umgang mit Arealen, die in den 1950er Jahren enteignet wurden, bis heute jedoch ungenutzt blieben. Diese Flächen werden heute durch das Unternehmen RSP zu hohen Preisen an Dritte verkauft, ohne dass die ursprünglichen Eigentümer daran partizipierten, oder dass ihnen diese Flächen zurückgegeben würden. *„Das überschüssige Land ist unser Land. Welches Recht hat die Regierung, dieses an Außenstehende zu verkaufen, die nicht vertrieben wurden?“* (Joachim Sahoo, Rourkela).

Weiter wurde von den Gesprächspartnern der infrastrukturelle Ausbau der Umsiedlungsdörfer gefordert - in den bereits erwähnten Bereichen Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Elektrizitätsversorgung und Stra-

Benbau. In diesem Zusammenhang äußern die Adivasi auch Erwartungen an die deutsche Seite. Im Mittelpunkt steht in diesem Kontext das Umlandentwicklungsprogramm „Peripheral Development Programme (PDP)“, welches von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) initiiert wurde. Den Interviewten zufolge sind erst als Folge der Visite von Adivasi-Dörfern durch Menschenrechtler aus Deutschland einige PDP-Aktivitäten dort gestartet worden, dies sei jedoch unzureichend sowie teilweise an den Bedürfnissen der Zwangsumgesiedelten vorbeigehend. Sie beklagen darüberhinaus in informellen Gesprächen, dass die Gelder zweckentfremdet worden seien und bisher nur ein Bruchteil in dafür vorgesehene Projekte geflossen sei.

Die Interviews lassen erkennen, dass auf Seiten der deutschen Regierung und der beteiligten Unternehmen eine moralische Mitverantwortung gesehen wird. Sicherlich sei die technische und finanzielle Unterstützung des Projektes Rourkela in bester Absicht geschehen, jedoch seien vorangehende und begleitende Untersuchungen zu möglichen sozialen Konsequenzen für die ansässige Bevölkerung versäumt worden. Die Befragten appellieren deshalb an Bundesregierung und die damals beteiligten Privatunternehmen, sie einerseits in ihren Entschädigungsforderungen an die indischen Behörden politisch zu unterstützen und somit den Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen. Desweiteren geben sie kund, dass sie über entwicklungspolitische Hilfen aus Deutschland für ihre Umsiedlungsdörfer sehr dankbar wären.

Die Studie zeigt deutlich auf, dass die Adivasi von Rourkela während und nach dem Prozess der Vertreibung von ihrem Land immense persönliche und kollektive Leiden durchleben mussten. So ist es zu erklären, dass sie auch heute – 50 Jahre nach ihrer Enteignung – die Erfüllung der einstigen Ankündigungen einfordern. Es ist dabei wichtig, die Betroffenen nicht als Bittsteller zu betrachten: Ihre Forderungen sind angesichts der gegebenen Versprechungen als begründet anzusehen. Zudem ist es notwendig, bei einer wünschenswerten Durchführung der geforderten Wiedergutmachungsleistungen

ihren Anspruch auf Selbstbestimmung zu achten. Aufgrund der Beteiligung der deutschen Seite an dem Bau des Stahlwerkes sind auch die beschriebenen Erwartungen an diese nachvollziehbar. Dabei ginge es nicht unbedingt darum, weitere Geldmittel aus Deutschland zu mobilisieren, sondern vielmehr dafür zu sorgen, dass bereits vorhandene Mittel bestimmungsgemäß und in transparenter Weise eingesetzt werden.

Insgesamt müssen das Hüttenwerk Rourkela und seine sozialen Auswirkungen als exemplarischer Fall gesehen werden, aus dessen Betrachtung Konsequenzen für die Umsetzung anderer industrieller Großprojekte in Indien – wie dem von ArcelorMittal geplanten Stahlwerk in Jharkhand – gezogen werden sollten.

Dipl. Soz. Päd. Martina Claus, Dipl. Soz. Päd. Sebastian Hartig

Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Rourkela und die Folgen, 50 Jahre industrieller Aufbau und soziale Verantwortung in der deutsch-indischen Zusammenarbeit, Heidelberg 2007, 200 Seiten, 10,00 Euro zu bestellen über www.draupadi-verlag.de. Weitere Informationen zu "Rourkela" in deutscher und englischer Sprache unter www.adivasi-koordination.de (bei "Rundbriefe", "Dokumententexte", "Dokumente-Bilder" sowie bei "Aktuell").

Adivasi-Rundbrief Nr. 36, Dezember 2009

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, Tel. 06441-43124, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG Frankfurt, Konto-Nr. 400 3764, BLZ 520 604 10. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift „Südasiens“. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de.